

# Handelsblatt.com

22.07.2009, 12:14 Uhr

## Wahlkampf

### SPD: Ganz unten

von [Daniel Goffart](#)

**Der SPD läuft die Zeit davon, um im Wahlkampf noch für eine entscheidende Wende zu sorgen. Die Sozialdemokraten starten nicht nur ohne eine eigene Machtperspektive in den Bundestagswahlkampf. Die Partei setzt auf die falschen Themen - und die Bürger trauen ihr nichts mehr zu.**



SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier. Der Vertrauensverlust bei den Wählern wird größer. Quelle: ap

BERLIN. Noch ist die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes nicht angebrochen. Aber schon jetzt scheint der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier die Zeit davonzulaufen. Neben anhaltend schwachen Umfragewerten macht den Sozialdemokraten vor allem die Tatsache zu schaffen, dass die Menschen offenbar das Vertrauen in ihre politischen Konzepte und in ihre Kompetenzen verlieren.

Nach einer bundesweiten Umfrage des unabhängigen Berliner Meinungsforschungsinstituts Info GmbH im Auftrag des Handelsblatts unter 1 500 Befragten sind die Kompetenzwerte für die SPD auf einen neuen Tiefstand gesunken. Auf die Frage, welcher Partei man am ehesten zutraue, die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Griff zu bekommen, nannten nur noch neun Prozent die SPD. Dem folgt die FDP mit acht Prozent – bemerkenswert viel für eine kleine Partei. Zum Vergleich: Den Grünen trauen die Lösungsfähigkeit wichtiger Probleme nur zwei Prozent zu, obwohl

der politische Zuspruch insgesamt nicht wesentlich hinter dem der Liberalen liegt.

#### [Die Umfrageergebnisse](#)

Die Union ist beim Thema Lösungskompetenz der SPD inzwischen weit überlegen: Immerhin gehen 33 Prozent der Befragten davon aus, dass die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise bei CDU/CSU in guten Händen liegt. Allerdings wird dieser Vorsprung durch die Tatsache geschmälert, dass 34 Prozent und damit die Mehrheit der Befragten keiner Partei mehr zutraut, die Krise in den Griff zu kriegen – ein beachtliches Misstrauensvotum gegen die Politik insgesamt.

Vor allem die SPD aber kann ihre eigenen Wähler offenbar immer weniger von sich überzeugen. Von den Befragten, die sich als Sozialdemokraten oder als SPD-Wähler zu erkennen geben, sagen 15 Prozent, dass die Union die Probleme am besten lösen könne. Vier Prozent dieser Gruppe sehen diese Kompetenz sogar bei der FDP. Der eigenen Partei hingegen trauen nur noch 35 Prozent der SPD-Wähler die höchste Kompetenz zu. „Die Zahlen sprechen gegenwärtig für einen problematischen Spagat der SPD“, analysiert Holger Liljeberg, Geschäftsführer des Berliner

Meinungsforschungsinstituts. „Bezüglich der Wirtschaftskompetenz zur Bewältigung der Finanzkrise laufen die Wähler augenscheinlich in Richtung Schwarz-Gelb. Bezüglich der sozialen Gerechtigkeit tendieren sie in Richtung Linke und Grüne.“

Dieses Zerreiben zwischen dem Koalitionspartner Union nach rechts und dem politischen Wettbewerber auf der linken Seite des Parteienspektrums kann für die SPD in einer gefährlichen Entwicklung münden. Wenn man die Wählerwanderung verfolgt, die seit der letzten Bundestagswahl stattgefunden hat, ist vor allem die Sozialdemokratie betroffen. „Es ist schon bemerkenswert, dass die SPD mehr als ein Drittel ihrer Stammwählerschaft gegenüber 2005 verloren hat“, sagt Meinungsforscher Liljeberg.

Offenkundig wird bei der Umfrage auch, dass die SPD in diesem Wahlkampf zum Teil auf die falschen Themen setzt.

Die drängendsten Probleme, die die Politik lösen müsse, sind aus Sicht der Befragten: Arbeitslosigkeit beseitigen (47 Prozent), Bewältigung der Krise (33 Prozent) sowie Verbesserung der wirtschaftlichen Lage (21 Prozent). Natürlich setzt die SPD wie alle anderen Parteien auch auf „Jobs, Jobs, Jobs“.

Ein traditionell wichtiges eigenes SPD-Thema ist es, soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Das nennen jetzt aber gerade einmal zehn Prozent der Befragten als drängendstes Problem. Außerdem wird hier den Linken mit 17 Prozent Zuspruch weitaus mehr Kompetenz zugetraut als der SPD mit 13 Prozent. Das bedeutet, dass das politische Markenzeichen „soziale Gerechtigkeit“ nur von wenigen Wählern als vordringlich anerkannt ist – und wenn, dann eher mit der Partei „Die Linke“ verbunden wird.

Als Teil dieser Frage gilt auch die Forderung der SPD nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Während sich die Wahlkampfstrategen im Willy-Brandt-Haus hier enormen Zuspruch erhoffen, nennen gerade einmal drei Prozent der Befragten den Mindestlohn als drängendes Problem.

Ähnlich verhält es sich mit dem Kampf gegen die Atomkraft. Seit der Panne im Kernkraftwerk Krümmel versucht die SPD unter thematischer Führung von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD), die Wähler gegen die weitere Nutzung der Atomkraft zu mobilisieren. Obwohl nach verschiedenen Umfragen eine Mehrheit gegen den unbegrenzten Weiterbetrieb von Kernkraftwerken votiert, zählen nur zwei Prozent in der Handelsblatt-Umfrage den Ausstieg aus der Atomkraft zu den drängendsten Problemen. Das bedeutet, dass dieses Thema der SPD trotz der jüngsten Panne keinen Mobilisierungsschub im Bundestagswahlkampf bringen wird. Auch andere, typisch sozialdemokratische Themen werden von den Befragten als nicht besonders drängend und damit als wenig relevant wahrgenommen. Die Bekämpfung der Armut sehen sieben Prozent, die Sicherung des sozialen Netzes sechs Prozent und die Integration von Ausländern gerade einmal zwei Prozent als vordringlich an.

Zu diesem eher negativen Trend bezüglich der klassischen SPD-Themen passt auch der Befund, dass die Wähler offenbar immer weniger damit rechnen, die SPD in der nächsten Bundesregierung zu sehen. Nur noch 23 Prozent erwarten nach der Wahl am 27. September die Fortsetzung der Großen Koalition. Lediglich vier Prozent gegen davon aus, dass es für ein rot-grünes Bündnis reichen wird; zwei Prozent glauben an eine Ampel aus SPD, FDP und Grünen. Die Variante einer rot-rot-grünen Verbindung unter Einschluss der Linken sehen nur ein Prozent der Befragten.

Klarer Favorit in den Augen der Wähler ist mit 46 Prozent der Wechsel zu einer schwarz-gelben Regierung; abgeschlagen ist die sogenannte Jamaika-Koalition mit Union, FDP und Grünen.

„Nach den jetzigen Zahlen wird auf alle Fälle erwartet, dass die CDU regiert, entweder mit Gelb oder mit Rot“, sagt Meinungsforscher Liljeberg. „Danach besteht kein Zweifel, dass Angela Merkel Kanzlerin bleiben wird.“ Für die Strategie von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, der „auf Sieg und nicht auf Platz“ setzt, ist diese Entwicklung Gift. Schlimmer aber noch als die in bislang allen Umfragen erkennbare Dominanz der Kanzlerin empfinden die SPD-Wahlkämpfer die

zunehmend um sich greifende Ratlosigkeit. Viel Zeit für eine Wende bleibt den Sozialdemokraten nicht mehr.

---

**Link zum Artikel:** <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/spd-ganz-unten;2435417>

---

© 2009 **ECONOMY.ONE GmbH** - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH**  
Verlags-Services für Werbung: [www.iqm.de](http://www.iqm.de) (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).